frauen
/ruhr/
geschichte

Maria Weber

Rund 200 Frauen aus allen Teilen Deutschlands haben an den blumengeschmückten Tischreihen Platz genommen, als Maria Weber, im Kostüm und mit leicht toupierten Haaren, das Rednerpult auf der Bühne der Kasseler Stadthalle betritt. Im Saal ist die Atmosphäre des politischen Aufbruchs mit Händen zu greifen. Die Delegierten auf der DGB-Bundesfrauenkonferenz des Jahres 1971 sind voller Erwartungen.

Bereits am Eröffnungstag haben hochrangige Vertreter des sozialliberalen Bundeskabinetts in der ersten Stuhlreihe Platz genommen. Erstmals in der Geschichte der Bundesfrauenkonferenzen hat ein Bundeskanzler persönlich zu den Teilnehmerinnen gesprochen: Willy Brandt. Die umfangreichen Reformen, die der Kanzler versprochen hat, signalisieren einen möglichen Quantensprung in der Frauenpolitik.

Doch es gibt auch Sprengstoff. Als Justizminister Gerhard Jahn über die Reform des Abtreibungsparagrafen 218 referiert, entfacht er eine hitzige Diskussion. Die überwältigende Mehrheit der anwesenden Funktionärinnen fordert die Fristenlösung. In dieser Situation, es ist der 12. Juni, tritt Maria Weber an das Rednerpult und spricht die Worte, die bleischwer auf der Frauenkonferenz lasten: *Ich halte die Abtötung der Leibesfrucht auch bis zu drei Monaten für unerlaubt. Es ist nach meiner Vorstellung Aufgabe der Gesellschaft, den Schwächeren, der sich nicht helfen und wehren kann, zu schützen und nicht Leben zu vernichten.*

Da steht sie vor ihren Frauen, innerlich zerrissen zwischen ihnen, für die sie immer gekämpft hat, und ihrem Gewissen. Mancher jungen Besucherin muss Maria Weber in diesem Augenblick als Relikt aus einer vergangenen Zeit erscheinen: aus der „Trägerrockgeneration“, dazu noch katholisch und politisch schwarz. Was umgekehrt Maria Weber von der Frauenbewegung der jungen Generation hält, gibt sie später, 1982, der Zeitschrift Emma zu Papier: *Manche von den Jüngeren denken heute, sie hätten die Frauenfrage entdeckt und als Erste dafür etwas getan – als ob wir uns nicht schon seit mehr als 30 Jahren dafür die Hacken abrennen.*

Seit 1956 hat Maria Weber die Frauenpolitik im DGB-Vorstand verantwortet. Sie hat sich für die Abschaffung der „Zölibatsklausel“ eingesetzt, die Arbeitgebern erlaubte, Frauen, die eine Ehe eingingen, zu kündigen, und sie hat gegen den „Frauenabschlag“ auf Löhne gekämpft. In den 60er und 70er Jahren war eines ihrer wichtigsten Ziele der gleichberechtigte Rentenanspruch für Frauen. Unter Maria Webers Führung war aus den DGB-Frauen eine schlagkräftige, laute Gruppe geworden. Frauen müssen um ihre Rechte nicht bitten, sie leisten etwas, also fordern sie, lautete ihr Credo.

Noch viele Bastionen des Patriarchats mussten gestürmt werden – dazu gehörten auch die gewerkschaftlichen Organisationen selbst. Ein Hort der alten Rollenmuster waren vor allem die Schule und die Familie. Hier, beim bürgerlichen Familienmodell, setzte Maria Weber über die Sozialausschüsse der CDU den Hebel an – und dies ist bis heute ein Lehrstück, wie man Politik macht. Als Erstes erweckte sie die Arbeitsgemeinschaft berufstätiger Frauen, die in der CDA bis dahin ein Mauerblümchendasein fristete, zu neuem Leben. Als ihre Vorsitzende etablierte sie für die Gewerkschafterinnen der CDU damit ein Gremium, das antragsberechtigt war und auf die Programmatik der CDU Einfluss nehmen konnte.

Mit Hartnäckigkeit und Geschick gelang es Maria Webers Gruppe schließlich, folgenden Satz im Düsseldorfer Programm der CDU von 1971 zu verankern: „Leitbild der Familienpolitik ist die partnerschaftliche Familie.“ Das Postulat schien auf den ersten Blick harmlos. Für Maria Weber jedoch diente es fortan als programmatische Plattform, um das bürgerliche Familienideal der CDU zu torpedieren. „Partnerschaftliche Familie“ bedeutete ja, dass Mann und Frau in gleicher Weise für Erwerbsarbeit und Familienarbeit zuständig waren. Das musste durch eine entsprechende Familienpolitik unterstützt werden – durch Kinderkrippen, Kindertagesstätten und Ganztagsschulen.

Entsprechende Petitionen trugen die Gewerkschafterinnen der CDA unter Maria Webers Führung nun immer wieder in die Gremien der Partei. Hier war Maria Weber ihrer Zeit weit voraus. Erst gut 30 Jahre später sollte die CDU mit einer gewandelten Familienpolitik, die Ursula von der Leyen als Bundesfamilienministerin vertrat, jene Wende vollziehen,

die Maria Weber mit ihren Kolleginnen angebahnt hatte. Eine familienpolitische Dimension hatte auch das Konzept des 6-Stunden-Tages, wie es Maria Weber entwickelte.

Vor allem für die ganztägige integrierte Gesamtschule, die in Maria Webers Augen beste Schulform, die mit der Benachteiligung von Arbeitnehmerkindern und Mädchen endlich Schluss machen sollte, setzte sie sich energisch ein. Ihr selbst war als hochbegabter Arbeitertochter eine vollendete Schulbildung und das erträumte Medizinstudium verweigert worden. Da Maria Weber seit 1972 im DGB-Vorstand auch für allgemeine Bildungsthemen zuständig war, agierte sie in der Gesamtschulfrage auf ihrem Terrain – und war auch hier aus heutiger Sicht, der Sicht des Pisa-Zeitalters, ihrer Zeit voraus.

Vor allem die CSU, die gegen die Gesamtschule polemisierte, nimmt Maria Weber ins Visier und wirft ihr vor: *Das ist Klassenkampf von oben, der sich des dreigliedrigen Schulsystems bedient um auszulesen, um Eliten zu schaffen, um abzuschotten und damit traditionelle Machtstrukturen als mehr oder weniger geschlossene Gesellschaft zu erhalten.* Ihr Angriff und die heftigen Reaktionen in der Presse sind wohlkalkuliert. Sie will auf das Thema, so wie es die Gewerkschaften sahen, aufmerksam machen.

Ein Jahr vor der Bundestagswahl reagieren der designierte Unionskandidat Franz Josef Strauß und sein Generalsekretär Edmund Stoiber überaus empfindlich auf diese Attacken. Der Bayernkurier fordert gar den Parteiausschluss Maria Webers. Ihre Gesamtschulkampagne beherrscht für einige Tage die deutsche Presse.

Ein eigener Kopf war es, der Maria Weber vor allem auszeichnete. Heute, in der Ära nach der Agenda 2010, wo der DGB keine politischen Exklusivbeziehungen mehr kennt, wirkt das geradezu vorausblickend. Unabhängigkeit bedeutete für sie nicht, unpolitisch zu werden, sondern im Gegenteil, mit allen politischen Mitteln für die Ziele der Gewerkschaften zu kämpfen und sich Gegnern, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, in den Weg zu stellen. So wie sich Maria Weber mit den Granden der CSU in der Gesamtschulfrage anlegte, bot sie bei der Reform der Berufsausbildung auch Bundeskanzler Helmut Schmidt die Stirn.

Den Geschäftsbereich der beruflichen Bildung hatte Maria Weber im DGB seit 1956 systematisch ausgebaut und als verantwortliches Vorstandsmitglied immer wieder den Reformbedarf angemahnt, der dringend ein Berufsbildungsgesetz erforderte. Wie wegweisend das war, registrierte man spätestens 1969, als nach den Schülern und Studenten auch die Lehrlinge auf die Straße gingen, um eine bessere Ausbildung in der Berufsschule und am Arbeitsplatz zu fordern. Häufig war Maria Weber selbst unter den protestierenden Jugendlichen, um mit ihnen zu diskutieren und sie zu unterstützen.

Das Berufsbildungsgesetz, das 1969 endlich Realität wurde, trug ihre Handschrift. Und wenn es nach ihr gegangen wäre, hätten weitere Veränderungen folgen müssen – mehr Mitbestimmung in der beruflichen Bildung etwa und eine solidarische Finanzierung durch eine Umlage. An dieser Stelle jedoch war der Widerstand der Arbeitgeber und des SPD-Kanzlers Schmidt ungebrochen. Auf einem von Bundesbildungsminister Helmut Rohde zu dieser Frage anberaumten Treffen zwischen Gewerkschaftern und dem Bundeskanzler kam es 1975 zum Schlagabtausch zwischen Weber und Schmidt.

Die Gewerkschafterin musste erkennen, dass ihr am Konferenztisch ein Alphatier gegenübersaß, das noch forscher segeln konnte als sie selbst. Während Helmut Schmidt über politische Notwendigkeiten referierte und der solidarischen Finanzierung den Todesstoß versetzte, strafte sie ihn durch demonstrative Nichtbeachtung. Sie packte einfach ihre Butterbrote aus, denn sie hatte keine Angst vor Arbeiterjungs, mit denen sie sich schon in ihrer Kindheit gerauft hatte.

Maria Weber stammte aus einer katholischen Bergarbeiterfamilie aus Gelsenkirchen, klassische Wähler der Zentrumspartei. Nach dem Krieg zog die Familie nach Altenessen um. Maria Weber war in dieser Zeit Betriebsrätin bei Gelsenberg und studierte schließlich von 1947 bis 1948 an der Akademie der Arbeit. Ihrer Altenessener Heimat ist sie stets treu geblieben. Dort besuchte sie gern die katholische Messe oder stand an der Hafenstraße bei Rot-Weiss Essen im Block. In Altenessen starb sie im Juni 2002 an den Folgen eines Schlaganfalls. Aus dem Revier hatte sie ihre

direkte Art und Sprache, mit der auf dem politischen Parkett nicht jeder umzugehen wusste. Mit Helmut Kohl, in den 70er Jahren noch ein Hoffnungsträger der Christlich-Sozialen, hatte sie ihre Scharmützel, vor allem aber mit seinem Generalsekretär Kurt Biedenkopf. Der hatte im Bundestagswahlkampf 1976 mit seiner „Filzokratie-Kampagne“ gegen die politischen Verflechtungen der Gewerkschaften in einer Weise agitiert, die Maria Webers Pläne für die Festigung der Einheitsgewerkschaft gefährdete.

Seit 1972 war sie als stellvertretende DGB-Vorsitzende wichtigste Vertreterin der Christlich-Sozialen in den Gewerkschaften. Da es zwischen den SPD- und CDU-Kollegen häufig krachte und es einen Vertrag über leben und leben lassen in der Einheitsgewerkschaft nicht gab, verhandelte Maria Weber mit Heinz Oskar Vetter Verhaltensstandards. Ein Ergebnis war, ein Jahr vor ihrer Pensionierung, die Präambel des Düsseldorfer DGB-Grundsatzprogramms von 1981. Hier wurde die Einheitsgewerkschaft erstmals als weltanschauliche Gemeinschaft mit internen Regeln für eine Ethik der Verständigung definiert: „Die interne Vielfalt der Meinungen verpflichtet auf der Grundlage von Toleranz zu einer eigenständigen und unabhängigen Willensbildung, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zum Ausdruck bringt.“

In dieser Formulierung wurde deutlich, warum Maria Weber gegen die Legalisierung der Abtreibung in den Gewerkschaften gekämpft hatte. In Gewissensfragen musste die Einheitsgewerkschaft Luft zum Atmen lassen, damit die Interessen aller abgebildet werden konnten. Dieser Erfolg gilt vielen bis heute als zweites Gründungsdatum der Einheitsgewerkschaft. Das war Maria Webers Erfolg.

Stefan Remeke/ Werther (Westf.)

Remeke, Stefan, Maria Weber, Version 1.0,
in: frauen/ruhr/geschichte, 01. 02. 2010
https://www.frauenruhrgeschichte.de/frg_biografie/maria-weber/